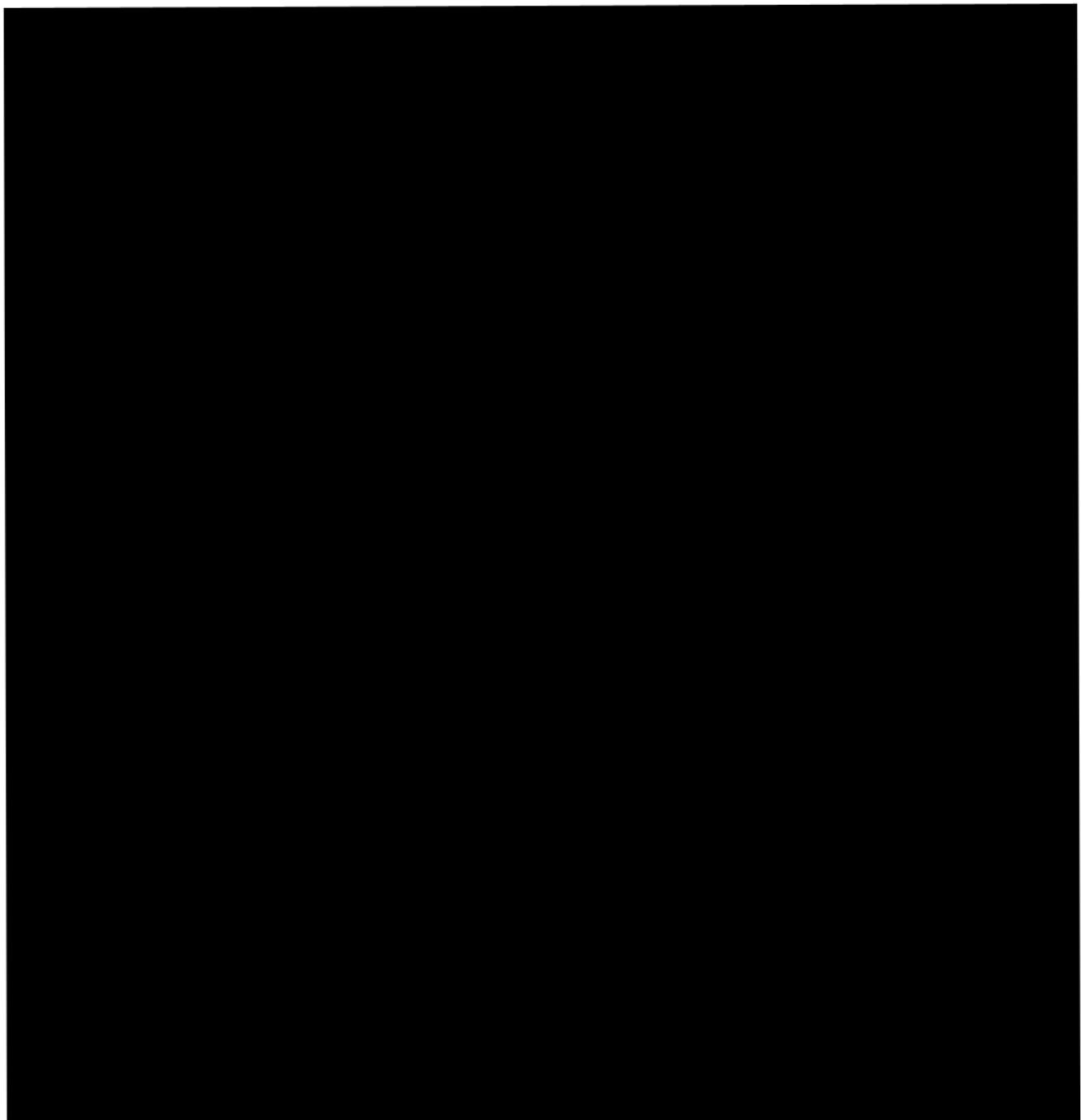
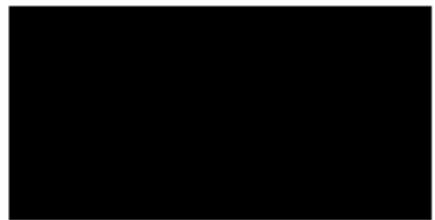




**CDU**

CDU Baden-Württemberg · Heilbronner Straße 43 · 70191 Stuttgart

Lesben und Schwulenverband – Queere Vielfalt  
Lange Str. 18  
70174 Stuttgart





- 1. Selbsthilfe und Förderung von Beratungsstrukturen: Sind Sie für eine langfristige Absicherung von LSBTIQ\*-Selbsthilfe-Einrichtungen, und was will Ihre Partei tun, um Beratungsstrukturen (sowie professionell institutionalisiert als auch ehrenamtlich) zu unterstützen und ggf. auszubauen?**
- 2. Aktionsplan „Für Akzeptanz und gleiche Rechte“: Werden Sie in diesem Sinne den 2025 neu aufgelegten Aktionsplan weiterführen und weiterfinanzieren?**

Für uns ist wichtig, dass Menschen, die Unterstützung und Beratung benötigen, verlässliche Anlaufstellen vorfinden. Das gilt auch für Angebote der Selbsthilfe und Beratung im LSBTIQ\*-Bereich. Solche Strukturen können einen wertvollen Beitrag leisten, insbesondere in schwierigen Lebenslagen. Die CDU steht ganz grundsätzlich für eine verantwortungsvolle Förderung bestehender Beratungsangebote – sowohl professioneller als auch ehrenamtlicher Träger. Dabei legen wir Wert auf Bedarfsgerechtigkeit, Qualität und transparente Verwendung öffentlicher Mittel. Entscheidungen über Ausbau oder langfristige finanzielle Absicherung müssen von der nächsten Landesregierung bzw. dem nächsten Landtag im jeweiligen Haushaltskontext getroffen werden.

Der Landesaktionsplan für Akzeptanz und gleiche Rechte gilt zunächst auch für eine neue Landesregierung. Wie bei allen anderen Aktionsplänen und Förderprogrammen soll auch dieser künftig geprüft und bewertet werden, insbesondere im Hinblick auf seine Wirksamkeit und seinen konkreten Nutzen für die Betroffenen. Dabei gilt: Gute und bewährte Maßnahmen können fortgeführt werden, neue Schwerpunkte sind sorgfältig abzuwägen.

- 3. Gewaltprävention: Queerfeindliche Hasskriminalität und Gewalt sind in den vergangenen Jahren in BW extrem angestiegen. Gleichzeitig sind das Landesantidiskriminierungsgesetz und andere Vorhaben zur Gewaltprävention der Landesregierung gescheitert. Sind Sie der Meinung, die vom Land und durch die Innenministerkonferenz angestoßenen (Präventions-)Maßnahmen sind ausreichend? Werden Sie diese Maßnahmen ggf. implementieren? Was tut Ihre Partei zur weiteren konsequenten Bekämpfung queerfeindlicher Gewalt?**

Aktuell erleben wir eine besorgniserregende Zunahme von Hass, Hetze, Anfeindungen sowie gezielten Fake News und Desinformationen – nicht nur, aber auch mit queerfeindlicher Stoßrichtung. Diese Entwicklung ist brandgefährlich. Sie richtet sich nicht nur gegen einzelne Menschen oder Gruppen, sondern gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt und damit das Fundament unserer Demokratie.

Um dieser Entwicklung entschlossen entgegenzutreten, wurde im September 2021 der Kabinettsausschuss „Entschlossen gegen Hass und Hetze“ eingerichtet. In enger Zusammenarbeit zwischen Staats-, Innen-, Kultus-, Sozial- und Justizministerium wurden umfassende Maßnahmenpaket auf den Weg gebracht, um Hasskriminalität konsequent zu bekämpfen.

Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei auch auf dem Schutz von LSBTIQ\*-Personen. Queerfeindliche Bedrohungen, Beleidigungen und Gewalttaten nehmen wir sehr ernst.



Deshalb wurden gezielt Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit, zur Prävention und zum Opferschutz entwickelt und umgesetzt – ebenso wie zur Bekämpfung von Hass im Netz, Gewalt an Schulen und weiterer menschenfeindlicher Ideologien. Oberstes Ziel ist es, Betroffene wirksam zu schützen und ihnen verlässliche Unterstützung zu bieten. Dafür wurde ein starkes Netzwerk aus staatlichen Stellen und zivilgesellschaftlichen Akteuren aufgebaut, in dem Expertinnen und Experten aus unterschiedlichen Bereichen gemeinsam daran arbeiten, Hass und Hetze entschieden entgegenzutreten.

Die Bekämpfung von Queer-Feindlichkeit, Hass und Hetze ist eine dauerhafte Aufgabe, die Ausdauer und Konsequenz erfordert – vom Staat ebenso wie von der Gesellschaft. Dieser Verantwortung stellen wir uns. Wir werden auch künftig für eine Kultur des respektvollen Miteinanders eintreten, in der Gewalt, Haas und Hetze keinen Platz haben – weder im öffentlichen Raum noch im digitalen Umfeld.

**4. *Geflüchtete: Schutz und inklusive Integration von queeren Geflüchteten sind wichtiger denn je - stimmen Sie zu, dass die Maßnahmen hier nicht ausreichend sind bis jetzt? Wie will sich Ihre Partei hier einsetzen?***

Gemäß § 5 des Flüchtlingsaufnahmegesetzes Baden-Württemberg haben die Aufnahmebehörden im Rahmen der Erstaufnahme und der vorläufigen Unterbringung die besonderen Belange der schutzbedürftigen Personen im Sinne des Artikels 21 der EU-Richtlinie 2013/33/EU zu berücksichtigen. Das Land subsumiert den besonderen Schutzbedarf und die Vulnerabilität von LSBTIQ\*-Flüchtlingen ebenfalls darunter. Es ist uns bewusst, dass LSBTIQ\*-Flüchtlinge häufig auch besondere psychologische Unterstützungsbedarfe haben. Unabhängig davon gelten im Umgang mit queeren Geflüchteten selbstverständlich dieselben Maßstäbe von Respekt, Toleranz und Diskriminierungsfreiheit, die für alle Menschen in unserem Land verbindlich sind.

**5. *Regenbogenfamilien: Es gibt immer noch keine Reform des Abstammungsgesetzes, es gibt keine juristischen Regelungen für die Absicherung vielfältiger queerer Familienformen, etwa Mehrelternschaft oder für Familien mit TIN\*-Familienteil(en). Werden Sie sich (weiterhin) für eine Reform des Abstammungsrechts einsetzen? Werden Sie sich für die rechtliche Absicherung anderer vielfältiger Familienkonstellationen einsetzen? Wird Ihre Partei auch auf Landesebene Beratungsstrukturen für Regenbogenfamilien und alle, die es werden wollen, ausbauen und/oder fördern?***

Wir wertschätzen alle Familienmodelle. Familien sind für uns der Ort, an dem Menschen füreinander Verantwortung übernehmen. Sie sind die Keimzellen unserer Gesellschaft – das gilt für Ehepaare mit und ohne Kinder ebenso wie für Alleinerziehende, Patchwork- und Regenbogenfamilien. Wir setzen uns für stabile und verlässliche Rechtsverhältnisse für alle Familien ein. Für Familien mit Kindern gilt: Maßstab sind das Kindeswohl, die Verantwortung der Eltern sowie die Sicherstellung eines diskriminierungsfreien Umfelds.

Eine grundsätzliche Reform des Abstammungsrechts im Hinblick auf Mehrelternschaft oder andere neue Familienkonstellationen wird von uns derzeit nicht aktiv verfolgt. Wir



sehen in Deutschland bereits Schutz- und Rechtsinstrumente, die Elternschaft und Kindeswohl sichern. Gesetzesänderungen müssen gut begründet sein und klaren Nutzen für Kinder und Familien bringen.

Auf Landesebene unterstützen wir Beratungsstrukturen für Familien, einschließlich Regenbogenfamilien, im Rahmen bestehender Möglichkeiten. Ziel ist es, Familien fachlich fundierte, bedarfsgerechte Beratung und Begleitung zu bieten, ohne den Rechtsrahmen ideologisch zu erweitern. Dabei stehen Unterstützung, Prävention und Schutz der Kinder im Vordergrund.

- 6. queerer Schutz in die Landesverfassung: Sollte die Landesverfassung Ihrer Meinung nach entsprechend ergänzt werden?**
- 7. queerer Schutz im Grundgesetz: Unterstützt Ihre Partei die Ergänzung von Artikel 3 Absatz 3 des Grundgesetzes um das Merkmal der sexuellen bzw. geschlechtlichen Identität?**

Wir bekennen uns klar zum Schutz aller Menschen vor Diskriminierung. Bereits heute gewährleisten die Landesverfassung und das Grundgesetz in Verbindung mit der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts einen wirksamen Schutz auch vor Diskriminierungen wegen der sexuellen und/oder geschlechtlichen Identität.

Eine Ergänzung der Landesverfassung oder des Grundgesetzes sehen wir daher derzeit nicht als zwingend erforderlich an. Verfassungsänderungen müssen gut begründet sein und einen klaren zusätzlichen Nutzen bringen; zudem sollten sie im Interesse der Klarheit nicht zu kleinteilig sein. Für uns steht im Vordergrund, bestehendes Recht konsequent anzuwenden und Diskriminierung im Alltag wirksam zu bekämpfen.

- 8. Sichtbarkeit und Bildung: Stimmen Sie mit uns überein, dass es eine Förderung lesbischer Sichtbarkeit braucht, die weitere Stärkung von Aktivist:innen und weiterhin mehr Förderung von Vielfalt in Schulen und anderen Bildungsbereichen? Und wenn ja, was tut Ihre Partei in diesen Bereichen in der kommenden Legislaturperiode? Stimmen Sie ferner zu, dass Lebensrealitäten queerer Menschen in Bildungsplänen verankert, Bildungsarbeit mit Jugendlichen gefördert und Lehrkräfte im respektvollen Umgang mit Diversität (weiterhin) sensibilisiert werden müssen?**

Der Landesaktionsplan für Akzeptanz und gleiche Rechte 2025 definiert das ausdrückliche Ziel, Bildungseinrichtungen als Orte der Vielfalt und Akzeptanz zu stärken, um Diskriminierungen abzubauen und Menschen unabhängig von ihrer sexuellen oder geschlechtlichen Identität in ihrer individuellen Entfaltung zu unterstützen. Dabei liegt der Fokus darauf, sowohl den Zugang zu verlässlichen Informationen zu verbessern als auch eine diskriminierungsfreie Lern- und Lehrumgebung zu schaffen. In diesem Sinne werden konkrete Maßnahmen definiert, um den vorbenannten Zielen näher zu kommen. Zu gegebener Zeit wird zu bewerten sein, welche Wirkung der Landesaktionsplan und die dort beschriebenen Maßnahmen entwickelt haben und wie nötigenfalls weiter vorgegangen werden soll, um den



respektvollen Umgang mit Diversität an unseren Schulen und in anderen Bildungseinrichtungen weiter zu stärken.

**9. Gesundheit und Gesundheitsmanagement: Stimmen Sie zu, dass es in BW eine bessere geschlechtergerechte und trans\*- inklusive Gesundheitsversorgung braucht? Wenn ja, wie will Ihre Partei dies sicherstellen?**

Für uns ist entscheidend, dass alle Menschen in Baden-Württemberg Zugang zu einer qualitativ hochwertigen und diskriminierungsfreien Gesundheitsversorgung haben – unabhängig von Geschlecht oder geschlechtlicher Identität. Das ist Teil einer guten und verantwortungsvollen Gesundheitsversorgung.

Geschlechtergerechte und -sensible Medizin bedarf vor allem guter Ausbildung, verlässlicher medizinischer Standards und einer Versorgung, die sich am individuellen Bedarf der Patientinnen und Patienten orientiert. Das gilt selbstverständlich auch im Hinblick auf die sexuelle bzw. geschlechtliche Identität. Wir setzen dabei auf fachliche Qualität, evidenzbasierte Medizin und eine gute Aus- und Weiterbildung der Gesundheitsberufe. Ziel ist es, bestehende Strukturen so zu gestalten, dass sie für alle Patientinnen und Patienten funktionieren und die Versorgung insgesamt verbessern.

**10. Alter und Pflege: Hält Ihre Partei es für wichtig, die teils besonderen Bedürfnisse älterer queerer Menschen zu berücksichtigen, etwa in der Pflege von Menschen mit HIV und bei der Ausbildung und Sensibilisierung von Pflegepersonal?**

Für uns ist entscheidend, dass alle älteren Menschen eine würdevolle und bedarfsgerechte Pflege erhalten – unabhängig von sexueller Identität oder Erkrankung. Kultursensible und individuelle Pflege entspricht dem professionellen Selbstverständnis der Pflegeberufe. Dazu gehört auch, dass Pflegekräfte in ihrer Ausbildung und Fortbildung auf unterschiedliche Lebensrealitäten vorbereitet werden, etwa im Umgang mit chronischen Erkrankungen wie HIV. Dies dient nicht der Schaffung von Sonderstrukturen, sondern der Sicherung von Qualität und Professionalität in der Pflege insgesamt.

Ziel sind letztlich Qualitätsstandard, die den Menschen ganzheitlich in den Mittelpunkt stellen, nicht Sonderregelungen oder Ideologisierung.

**11. Arbeitswelt und Diversity Management: Unternehmen fahren ihr Engagement zurück, vielerorts gelten Gender-Verbote. Sind Sie der Meinung, es braucht mehr Unterstützung für die Akzeptanz queerer Menschen in der Arbeitswelt? Und was wollen Sie tun, um das Diversity Management wieder zu verbessern, vielleicht auch innerhalb der Landesverwaltung? Stimmen Sie ferner zu, dass die gesellschaftliche Diversität bei der Besetzung von Gremien beachtet werden sollte?**

Für uns als CDU ist klar: Diskriminierung aufgrund der sexuellen Identität oder anderer persönlicher Merkmale ist in Deutschland verboten und darf weder im öffentlichen Dienst noch in der Privatwirtschaft geduldet werden. Der Staat hat hier eine klare Schutz- und Rechtsdurchsetzungsfunktion.



Gleichzeitig wissen wir aus vielen Studien und aus der Praxis, dass vielfältig zusammengesetzte Teams wirtschaftlich erfolgreich sein können und Innovationskraft stärken. Dieses Wissen ist in der Wirtschaft hinlänglich bekannt. Wie Unternehmen ihr Diversity-Management konkret ausgestalten, welche Schwerpunkte sie setzen oder welche Instrumente sie nutzen, ist jedoch ihre eigene unternehmerische Entscheidung. Staatliche Vorgaben oder ideologisch motivierte Pflichtprogramme lehnen wir ab.

In der Landesverwaltung gilt für uns: Maßstab sind Eignung, Befähigung und Leistung. Ein diskriminierungsfreies Arbeitsumfeld ist selbstverständlich sicherzustellen, und bestehende Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsregelungen werden konsequent angewendet. Zusätzliche Sonderstrukturen oder Quoten sind dafür aus unserer Sicht nicht erforderlich.

Auch sichtlich der Besetzung von Gremien halten wir fest: Vielfalt in Erfahrungen und Perspektiven kann ein Gewinn sein. Entscheidend bleibt aber, dass fachliche Qualifikation und Verantwortung für die jeweilige Aufgabe im Vordergrund stehen. Gesellschaftliche Diversität ergibt sich dann in der Regel von selbst – ohne staatliche Vorgaben oder Zwang.

***12. inklusive Sprache: Stimmen Sie zu, dass die Sichtbarkeit und Gleichbehandlung queerer Menschen durch inklusive Sprache unterstützt werden muss?***

Inklusive und respektvolle Sprache tragen zu einem wertschätzenden Miteinander bei. Die Verantwortung dafür liegt bei jedem Einzelnen von uns.

Deshalb ist für uns nicht die ideologische Durchsetzung bestimmter Sprachformen entscheidend, sondern ein respektvoller Umgang im Alltag, in der Arbeitswelt und im öffentlichen Raum. Bewusste Diskriminierung und Ausgrenzung sollte klar sanktioniert werden. Gleichzeitig ist uns Verständlichkeit, Akzeptanz und Freiheit in der Sprache wichtig. Deshalb möchten wir ebenso wie eine große Mehrheit der Gesellschaft, dass generell das amtliche Regelwerk des Rats für deutsche Rechtschreibung zur Anwendung kommt.

***13. Sport: Ein nicht unerheblicher Teil der Sportförderung erfolgt über die Landesebene, auch werden hier Strukturen (aus)gebildet. Stimmen Sie zu, dass queere Menschen und ihre Belange im Sport stärker berücksichtigt werden müssen? Wenn ja, wie will Ihre Partei das umsetzen?***

Die CDU steht für chancengleiche Teilhabe aller Menschen am Sport. Diskriminierung aufgrund von sexueller Orientierung oder geschlechtlicher Identität ist dabei selbstverständlich inakzeptabel. Gleichzeitig gilt: Sportförderung auf Landesebene orientiert sich an Leistung, Engagement und Qualität der Strukturen.

Queere Menschen sind bereits durch bestehende Antidiskriminierungsregelungen geschützt. Ob und wie Angebote für bestimmte Gruppen ausgestaltet werden, entscheiden die Sportverbände und Vereine selbst im Rahmen ihrer Strukturen und Angebote.



CDU Baden-Württemberg · Heilbronner Straße 43 · 70191 Stuttgart

Die Landesebene unterstützt sie dabei durch allgemeine Förderung, Beratung und Netzwerkarbeit. Ziel ist es, die Vereine zu stärken, Vielfalt wertzuschätzen und gleichzeitig Freiheit und Eigenverantwortung der Sportorganisationen zu bewahren.